

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 8 88 846 ppbn d



## Inhalt

Willy Brandt MdB zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht: Nie mehr wegschauen, wenn Unrecht geschieht.

Seite 1

Dietrich Stobbe MdB zum Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen: Die Sozialdemokraten stehen auch zukünftig für die Partnerschaft mit den USA.

Seite 3

Max von Heckel MdL zu den Problemen der Aussiedler und der sozial Schwachen: Die Begrüßungsarien der Union bringen nichts.

Seite 4

Dokumentation:

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Annerie Renger, gedachte in einer Rede am 7. November in Auschwitz-Birkenau der Opfer der Nazi-Verfolgung. Wortlaut

Seite 5

43. Jahrgang / 215

9. November 1988

Nie mehr wegschauen, wenn Unrecht geschieht

Zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht

Von Willy Brandt MdB  
Ehrenvorsitzender der SPD

Fünfzig Jahre sind eine lange Zeit, aber die Schande ist unauslöschbar. Immer noch und wieder tief erschüttert und ratlos trauernd denken wir an jene düsteren Novembertage des Jahres '38.

Die Zahl derer, die sich an jene Station auf dem Wege zum Holocaust selbst zu erinnern vermögen, nimmt immer weiter ab. Doch das Nachdenken darf nicht aufhören - darüber, was Menschen fähig sind, Mitmenschen anzutun. Über die Demütigungen, Zerstörungen und Mißhandlungen, die dem Inferno vorausgingen, über das weitgeschichtlich unvergleichbare Absinken in die Barbarei.

Mein erstes Wort gilt der Ehrerbietung vor den unzähligen Opfern und dem nicht zu tilgenden Entsetzen darüber, wie mit den Menschen jüdischer Herkunft ein unschätzbare Beitrag zu unserer deutschen und europäischen Kultur untergepflegt wurde.

Was dies sagen will, läßt sich nirgends eindrücklicher ablesen als in Berlin. Wenn man den Mut hat, der Wahrheit ins Gesicht zu schauen.

Mein zweites Wort gilt der Verbundenheit mit denen, die der Vernichtung entrinnen konnten. Und denen, die ihnen nachgefolgt sind und die Kraft zum Leben bewahrt haben.

Schon in den 50er Jahren war es für mich ein wichtiges Zeichen, daß es nach und trotz allem hier in Berlin wieder eine ganz klein gewordene, aber bedeutende Jüdische Gemeinschaft gab; so auch anderswo in Deutschland. Das war ermutigend - als ein Zeichen der Hoffnung nämlich, daß gemeinsame Zukunft doch keine Illusion bleiben muß.

Mein drittes Wort, vor allem an die junge Generation: Laßt uns, wo immer wir können, die Lehre weitertragen, daß persönliche Verantwortung großgeschrieben werden muß - und daß alles darauf ankommt, die staatliche Macht nie wieder in die Hände von Ruchlosen fallen zu lassen. Schweigen und Wegsehen schützen nicht vor der Verstrickung.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 12 04 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Verpflichtete Umsatzsteuer  
auf alle Leistungen  
Ausgabe: Bonn



Es ist ja nicht wahr, daß damals alles überraschend gekommen sei und sich schicksalhaft vollzogen habe. Nein, daß die Hitler-Herrschaft Krieg und blutige Diktatur und Rassenwahn bedeuten würden, davor ist eindringlich gewarnt worden. Aber viele mochten nicht hinhören oder konnten sich das nicht vorstellen.

Daß „die jüdische Frage“, wie man es nannte, zum „Kernproblem der bevorstehenden Auseinandersetzungen“ werden würde, das hat jemand wie der Theologe Dietrich Bonhoeffer immerhin 1933 zu Papier gebracht - nicht erst 1944, als er selbst von den Nazis zu Tode gebracht wurde.

Seherischer Gaben bedurfte es nicht, um zu ahnen, was Furchtbares bevorstünde. Daß die Hölle auf Erden Wirklichkeit werden würde - das freilich hat sich kaum einer auszumalen vermocht. Aber Haß und Hetze bis zum Mordwillen waren nicht zu überhören. So auch das schamlose Angebot, sich auf Kosten jüdischer Mitbürger zu bereichern. Wovon bekanntlich viele Gebrauch gemacht haben, auch solche mit weltbekannten Namen.

Es kann nicht darum gehen, nachgewachsenen Generationen aufzubürden, was sie nicht zu verantworten haben. Schuld ist nicht zu vererben, doch der Last der Geschichte ist nicht zu entkommen. Ein grausames historisches Erbe anzunehmen, kann dazu dienen, daß sich die Schrecken der Vergangenheit nicht wiederholen. Es gilt, nie mehr wegzuschauen, wenn Unrecht geschieht. Sondern vernehmbar aufzubegehren - auch wenn es unbequem ist oder sogar ein Risiko bedeutet.

Keine Relativierung, geschweige denn Verniedlichung, ist angesichts dessen erlaubt, was vor fünfzig Jahren hier geschah und was sich steigerte an den anderen Stationen auf dem Weg zur Massenvernichtung. Es bleibt unvergleichbar.

Selbstgerechtigkeit ist gewiß ein schlechter Ratgeber. Allein angemessen ist ein kritisches und furchtloses Überdenken der Vergangenheit. Der November '38 geht weiterhin nicht nur die Historiker an.

Der November '38, das ist auch die Gegenwart der Nachkommen von Opfern, Tätern und Unbeteiligten. Der leeren oder zweckentfremdeten Plätze, auf denen ehemals jüdische Gotteshäuser standen. Der Friedhöfe als den stummen Zeugen von erloschenen Gemeinden.

Heute, nach fünf Jahrzehnten, sollte es möglich sein, ehrlicher mit dem Geschehen umzugehen, als dies vielfach geschehen ist. Der Täter Schuld, die sie Deutschland als ganzem aufgeladen haben, darf nicht den Nachgeborenen als individuelle Last aufgebürdet werden. Wohl aber können wir mehr Ehrlichkeit, Wahrhaftigkeit und Solidarität erwarten. Dies allein dient der gemeinsamen Zukunft.

Die Frage „Wie war es möglich?“ geht alle an - denn gemeinsam gilt es, der Verstrickung zu entkommen, Lehren aus zurückliegendem Geschehen zu ziehen, Sicherheit vor Rückfällen zu garantieren.

Wir müssen die Bereitschaft, zu widerstehen, Lehren helfen - auch um des eigenen Opfers willen. Mut zu haben, dem Unrecht zu begegnen und sich dem Verlust der elementaren menschlichen Werte zu widersetzen. Nicht still zu sein und gehorsam zu bleiben, wenn Macht verbrecherisch mißbraucht wird.

Es ist nicht mit Kundgebungen getan, auf denen wir Ohnmacht bekunden und andauernde Fassungslosigkeit über das, was wir letztlich nur unzureichend erklären, aber nie ganz bewältigen können. Die Heutigen müssen einander versprechen, daß sie Mitmenschlichkeit nicht nur im Munde führen, sondern tatkräftig und tagtäglich für sie wirken wollen.

Nationale Identität gewinnt nicht, wer das Geschehene dem Vergessen überantworten will, weil er nicht bereit ist, über die finsternen Kapitel der Geschichte zu reden. Trauer um die Gejagten und Gemordeten erfüllt sich in heutiger Zusammengehörigkeit und in der Verbundenheit mit denen, die jetzt in Gefahr sind, verfolgt und gejagt zu werden.

Sonst brauchen wir uns nicht zu Veranstaltungen des Gedenkens zu versammeln. Ich meine jedoch, daß wir die Erinnerung wachhalten, hat einen guten Sinn und muß auch nicht ohne Wirkung bleiben.

(-/9.11.1988/vo-he/rs)

Willy Brandt sprach diese Worte auf der Kundgebung zum 50. Jahrestag der Reichspogromnacht am Nachmittag des 8. November 1988 in Berlin.

Die Sozialdemokraten stehen auch zukünftig für die Partnerschaft mit den USA

Zum Ausgang der amerikanischen Präsidentschaftswahlen

Von Dietrich Stobbe MdB

Stellvertretender Obmann der SPD-Fraktion im Auswärtigen Ausschuß des Deutschen Bundestages  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe „USA“ der SPD-Bundestagsfraktion

Für die Bundesrepublik Deutschland und für Europa ist der Ausgang der Präsidentschaftswahlen in den USA von großer Bedeutung. Das amerikanische Volk hat mit der Wahl des bisherigen Vizepräsidenten George Bush für Kontinuität plädiert.

George Bush bedeutet keinen Rückschritt zu amerikanischem Unilateralismus. Er hat engagiert die Wende der Außenpolitik Ronald Reagans in den letzten drei Jahren, deren Höhepunkt der Abschluß des INF-Vertrages war, mitgetragen. Vom neuen amerikanischen Präsidenten kann deshalb erwartet werden, daß er für Kooperation, Realismus und Pragmatismus in den Ost-West-Beziehungen eintritt und damit auch die legitimen europäischen und deutschen Interessen berücksichtigt.

George Bush hat allerdings im amerikanischen Wahlkampf Skepsis gegenüber den sowjetischen Reformen erkennen lassen. Das läßt auch zukünftig auf Auseinandersetzungen über Art, Umfang und Intensität westlicher Antworten schließen. Wir Sozialdemokraten werden darauf drängen, daß das westliche Bündnis mit größerer Initiativbereitschaft als bisher die Chancen nutzt, die sich aus einer veränderten sowjetischen Außenpolitik ergeben.

Wir Sozialdemokraten stehen auch zukünftig für die Partnerschaft mit den USA. Wir haben das INF-Abkommen als bahnbrechenden Schritt in der Rüstungskontrolle begrüßt. Aufgabe des Westens ist es jetzt aus unserer Sicht, endgültig Abschied zu nehmen von der Vorstellung, durch Aufrüstung und Modernisierung, beispielsweise bei den atomaren Kurzstreckenwaffen, zu mehr Sicherheit kommen zu können. Vielmehr kommt es jetzt darauf an, zügig zu einer Vereinbarung über die Reduzierung der atomaren Interkontinentalpotentiale (START) zu kommen und den Weg für erfolgreiche Abrüstungsvereinbarungen, besonders im konventionellen Bereich, zu öffnen. Das „neue Denken“ in der sowjetischen Außenpolitik bedeutet die Chance für mehr Sicherheit auf einem niedrigerem Rüstungsniveau. Wir begrüßen daher die von George Bush während des Wahlkampfes bekundete Absicht, so schnell wie möglich zu einem neuen Gipfeltreffen mit Michail Gorbatschow zu kommen.

Mit George Bush hat zwar der Präsidentschaftskandidat der Republikanischen Partei gewonnen, die Demokraten sind aber keineswegs die Verlierer der Wahlen in den USA. Ihr Einfluß im Kongreß ist gewachsen. Sie bleiben damit weiterhin ein bestimmender Faktor der amerikanischen Innen- und Außenpolitik. Daher ist es auch zukünftig eine wichtige Aufgabe, den Gesprächsfaden mit den demokratischen Abgeordneten und Senatoren zu pflegen. Die Herstellung des europäischen Binnenmarktes in den 90er Jahren wie die Arbeit an einer grundlegenden Verbesserung der Ost-West-Beziehungen machen es dringend erforderlich, mit allen relevanten Kräften der Vereinigten Staaten in ständigem Dialog zu bleiben und eine möglichst breite Übereinstimmung sowohl in Fragen der Außen- und Friedenspolitik, als auch in Fragen der Weltwirtschafts- und Finanzpolitik zu erreichen.

(-/9.11.1988/vo-he/rs)

\* \* \*

Begrüßungs-Arien bringen den Aussiedlern nichts

Wohnungsprobleme der neuen Bürger und der sozial Schwachen müssen gelöst werden

Von Max von Heckel MdL

CDU und CSU organisieren pausenlos Begrüßungsarien für die Aussiedler, lassen aber vor Ort die Kommunen allein, wenn es um die Unterbringung der bis 1990 erwarteten 600.000 deutschen Aussiedler geht. Allein in Bayern, so Sozialminister Glück, müßten bis 1990 mindestens 60.000 Wohnungen gebaut werden. Da das vom Bund geplante Sonder-Wohnungsbauprogramm für deutsche Aussiedler aus dem Warschauer Pakt finanziell nicht ausreichend ausgestattet ist, fordern wir die Bayerische Staatsregierung in einem Parlamentsantrag auf, in den Brennpunkt des Wohnungsbedarfs in Bayern Grundstücke für den sozialen Wohnungsbau und für den Aussiedlerwohnungsbau zur Verfügung zu stellen. Dabei müssen die Quadratmeter-Preise für diese staatlichen Grundstücke den öffentlich geförderten Wohnungsbau ohne zusätzliche Subventionierung möglich machen.

CSU-Bundeswohnungsbauminister Schneider ist unfähig, die Organisations- und Wohnungsprobleme der Aussiedler zu lösen. So reicht es für München und andere Brennpunkte der Wohnungsnot mit sehr hohen Grundstücks- und Mietpreisen nicht aus, daß der Bund für jede Wohneinheit (Neubau oder Ausbau) 25.000 Mark gewährt. Dies unter der Bedingung, daß für fünf Jahre nur die Kostenmiete berechnet wird.

Minister Schneider versucht eine Situation zu verkleistern, die er durch seine Wohnungsbaupolitik und den Rückzug aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaus mit herbeigeführt hat. Die Unterbringung der Aussiedler ist so problematisch, weil insgesamt für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen eine kritische Versorgungslage entstanden ist. Die Schlange der Wohnungssuchenden wird immer länger. Es darf nicht dazu kommen, daß Aussiedler einseitig bevorzugt werden oder man ihnen Mittel zukommen läßt, die sozial schwachen Bundesbürgern verwehrt werden.

Unser Antrag ist zweigleisig - Förderung des Wohnungsbaus sowohl für Aussiedler wie auch für einkommensschwache Bürger - um Spannungen zwischen den Aussiedlern und den übrigen Wohnungssuchenden von vornherein auszuschließen. Dem ortsansässigen bayerischen Bürger leuchtet nicht ein, daß der Bund, der Freistaat und die Kommunen für ihn gar nichts mehr bauen, aber jetzt für die Aussiedler. Diese Politik wird böses Blut in der Bevölkerung geben.

Es ist richtig, alle Anstrengungen zu unternehmen, um für die Aussiedler beste Startmöglichkeiten zu schaffen. Keinesfalls dürfen dabei jedoch jene Menschen vernachlässigt werden, die ohne ihre Schuld von der Sozialhilfe leben müssen, weil sie in ihrer Heimat keinen Arbeitsplatz und keine preisgünstige Wohnung finden.

Wir appellieren an die Staatsregierung, sowohl die Probleme der Aussiedler als auch die der sozial Schwachen zu erkennen und zu lösen. Da die wesentlichen Gründe für das Erliegen des Wohnungsbaus mit der Flächenknappheit und den viel zu hohen Bodenpreisen zusammenhängen, muß der Freistaat Grundstücke zu einem vernünftigen Preis zur Verfügung stellen. (-/9.11.1988/vo-he/rs)

DOKUMENTATION

Annemarie Renger: Es gilt weiter wachsam zu sein

Mit einer Kranzniederlegung für den Deutschen Bundestag an der „Todesmauer“ des ehemaligen deutschen Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau gedachte Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger am 7. November zusammen mit führenden polnischen Politikern, unter anderem dem Parlamentspräsidenten Roman Malinowski und dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses des Sejm, ZK-Sekretär Josef Czyrek, des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November 1938. Weitere Kränze legte eine große Zahl Berliner Sozialdemokraten ebenso wie eine Gruppe der Arbeitsgemeinschaft verfolgter Sozialdemokraten unter der Leitung ihres Vorsitzenden Heinz Putzrath nieder. Annemarie Rengers Ansprache im Wortlaut:

Als Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages stehe ich zum zweiten Mal an dieser Todesmauer und bekenne, daß mein Volk eine tiefe Schuld auf sich geladen hat.

Die, für die ich spreche, wollen und dürfen nicht um Vergebung für die Täter bitten.

Aber im Gedenken an die Dahingemordeten bitte ich um Versöhnung mit allen, die nicht schuldig geworden sind, aber an der geschichtlichen Schuld zu tragen haben.

Nur zögernd setzt man seinen Fuß auf ein Gelände, in dem die Steine und jede Handbreit Boden von dem furchtbaren Geschehen reden, das sich hier vollzogen hat.

Auch 50 Jahre, nachdem die schändlichen Verbrechen Hitlers und seiner Schergen in vollem Umfang jedermann offenbar geworden sind, hat diese Erinnerung nichts an ihrem Schrecken verloren.

Ihre Last werden wir auch in Zukunft zu tragen haben.

Diese Verbrechen kann man nicht gegen andere Verbrechen aufrechnen.

Sie sind ein singuläres Ereignis unserer Geschichte.

Aber Auschwitz begann viel früher.

Unter den vielen Warnzeichen steht uns heute besonders der 9. November 1938 vor Augen.

Mit diesem Datum trat der gezielte und unverhülte politische Terror in aller Offenheit zu Tage.

Der 9. November 1938 war vom Naziregime bewußt gewählt.

Er sollte nicht nur die jüdischen Mitbürger demütigen, sondern auch den 9. November 1918 verhöhnern, mit dem durch den Aufstand der Massen nach dem Ersten Weltkrieg eine neue demokratische Ordnung geschaffen werden sollte, deren tragende Prinzipien Frieden und Freiheit waren.

Für diese Ideale sind seit 1933 Tausende von deutschen Sozialdemokraten, Kommunisten, Christen und Juden politisch verfolgt und in die KZs, Zuchthäuser und Gefängnisse geworfen worden, wo viele von ihnen auch den Tod gefunden haben.

Als in Deutschland die Synagogen brannten und unsere jüdischen Mitbürger drangsalirt, geschlagen, enteignet und für vogelfrei erklärt wurden, waren die meisten von uns, teils aus Furcht vor dem nazistischen Terror, teils auch aus Gleichgültigkeit, nicht mutig genug, sich dem Wüten der Nazis entgegenzustellen.

Und so mahnt uns ein Jahrestag wie der heutige nicht nur zum Gedenken an die Leiden der Opfer, er sollte auch eine Aufforderung zur Selbstbesinnung sein.

Wie in allen demokratischen Staaten gibt es auch bei uns einen Bodensatz des Rechts- beziehungsweise Linksextremismus.

Dennoch finden die demagogischen Anstrengungen von Rechtsextremisten, neuen Rassenhaß und Ausländerdiskriminierung zu schüren, bei der übergroßen Zahl der Bürger keine Resonanz.

Insbesondere die jungen Menschen mit ihrem weltweiten Eintreten für die Menschenrechte geben uns Hoffnung.

Der Widerstand, den die demokratische Öffentlichkeit, vor allem die Kirchen und die Gewerkschaften, jedem Ansatz zur Ausländerfeindlichkeit und zur Entrechtung von Minderheiten entgegenzusetzen, speist sich auch aus den Schrecken der deutsch-jüdischen Vergangenheit.

Aber es gilt weiter wachsam zu sein und wir sollten noch stärker als bisher Rückfälle in die Vergangenheit ahnden.

Wir sollten uns Rechenschaft geben über die Lehren und Folgerungen, die wir als Deutsche aus der Diktatur, aus Krieg und Katastrophe zu ziehen haben, und durch die insbesondere das polnische Volk so große Leiden ertragen mußte.

Ich denke an die wirklichen Helden unseres Jahrhunderts:

Ich denke an Janusz Korczak, der 1942 nach aufopferungsvoller Tätigkeit im Warschauer Ghetto zusammen mit 200 Kindern den Todesmarsch nach Treblinka antrat.

Ich denke an die Männer und Frauen, die als Opfer des Nationalsozialismus gerade die Kraft nahmen, um aus politischem Verantwortungsgefühl jenen Neubeginn wagten, der uns in der Bundesrepublik Deutschland Freiheit und Demokratie gebracht hat.

Es waren zuerst die Menschen aus der Arbeiterbewegung, die gegen das nationalsozialistische Gewaltregime kämpften.

Später kam auch der Widerstand aus den Reihen des Bürgertums und des Militärs hinzu.

Der Name der Geschwister Scholl steht für den von einem humanen und christlichen Gewissen getragenen Widerstand junger Menschen gegen das System.

Graf Moltke und Graf Stauffenberg versuchten einen letzten Aufstand des Gewissens.

Alle, die todesmutig Widerstand geleistet haben, sind ein lebendiger Beweis dafür, daß der Geist des Rechts und der Freiheit in unserem Volk, auch in den dunkelsten Jahren seiner Geschichte, nicht erloschen war.

Auch an dieser Stelle, an der wir heute versammelt sind, wurden Zeugen dieses Widerstandes Opfer.

Als politisches Symbol für dieses „Andere Deutschland“ nenne ich Kurt Schumacher, den Wiederbegründer der deutschen Sozialdemokratie, der durch sein Vorbild den demokratischen Grundstein für den Neubau unseres Landes gelegt hat.

„Das Vergangene ist nie tot, es ist nicht einmal vergangen.“

Dafür steht Auschwitz.

(-/9.11.1988/vo-he/rs)

\* \* \*